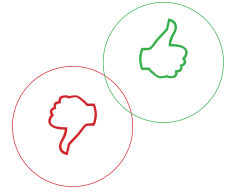


## STELLENWERT VON NATURSCHUTZ UND ÖKOLOGIE IN DER RAUMPLANUNG AN MEHREREN BEISPIELEN

Welchen Stellenwert Naturschutz und Ökologie in der Raumplanung haben, wird spätestens dann klar, wenn es darum geht neue Betriebsflächen oder Erweiterungen für einflussreiche Wirtschaftstreibende zu schaffen. Hier einige Beispiele, positive wie negative.



### AUTOS STATT AUWALD BETRIEBSERWEITERUNG IN DER SALZACHAU

Die Firmen MACO und Porsche haben in der Nachkriegszeit ihre Firmensitze im Auengebiet an der Alpenstraße in Salzburg errichtet. Die Umgebung wurde Landschaftsschutzgebiet „Salzburg Süd“, nördlich von MACO grenzt ein Geschützter Landschaftsteil an. Diese Rahmenbedingungen sind aus Sicht einer geordneten Raumplanung denkbar schlechte Voraussetzungen für Betriebserweiterungen. Mit EU-Beitritt kamen noch weitere Hemmnisse aufgrund von verschärften Biotop- und Artenschutzbestimmungen hinzu, die einer Firmenexpansion im Wege stehen. Dennoch wurde mit politischem Druck und trickreichem Vorgehen die Erweiterung vorangetrieben.

Annähernd 10 Jahre lang drängten die Betriebe MACO und Porsche in fast erpresserischer Art – unter Drohung von Betriebsabsiedelungen und/ oder Abbau von Arbeitsplätzen – darauf, einen Teil des Auwaldes südlich der Stadt Salzburg zu roden und im ehemaligen Landschaftsschutzgebiet Parkplätze und Gebäude zu errichten. Einem Teil des Areals wurde ja zu diesem Zweck von der Politik bereits „vorsorglich“ – um das Vorhaben leichter durchsetzbar zu machen – der Status als Landschaftsschutzgebiet entzogen. Kompromissvorschläge wie z. B. eine bessere Raumnutzung der beste-



Betriebsansiedlungen mitten im Auwald wie jene von Maco und Porsche gehören zu den „Sünden“ einstiger Raumordnungspolitik.

Foto: Wolfgang Weber

henden Betriebsareale scheitern am sturen Festhalten der Politik sowie der Firmen Porsche und MACO an ihren veralteten Konzepten. Stellplätze für Autos statt für Bäume im Auwald ist ihre Devise. Umweltanwaltschaft, Naturschutzbund, einzelne Politiker und Vertreter von Behörden versuchen beharrlich, die geplante Naturzerstörung hinten zu halten. Auch die „Aktion Grünland“ hatte sich bereits im Zuge der Bürgerabstimmung zur Grünlanddeklaration um den Erhalt des Schutzgebietes bemüht, ebenso war das Vorhaben ein Fall für den Volksanwalt und den Bürgeranwalt. Noch vor Wochen hatte der Landesumweltanwalt wegen einer Verlängerung einer Rodungsbewilligung (sie war abgelaufen) den Verdacht des Amtsmissbrauchs geäußert. Ende Oktober d. J. hat er nun im Alleingang einem fragwürdigen „Kompromiss“ zugestimmt und das alles mit einem Schlag

zunichte gemacht: Die Firma MACO braucht nur auf einen Bruchteil der Gesamterweiterungsfläche zu verzichten.

Es ist davon auszugehen, dass der Gesinnungswandel des Landesumweltanwaltes unter massivem politischem Druck erfolgt ist, obwohl die Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit im LUA-Gesetz festgeschrieben ist. Die LUA wurde seitens der Politik schon seit Jahren finanziell und personell ausgehungert. Die Vermutung liegt nahe, dass über die LUA das Damoklesschwert einer weiteren Verkleinerung gehängt wurde. Damit stünde sie am Scheideweg: Entweder erfüllt sie konsequent weiter die ihr eigentlich zugedachte Aufgabe, engagierter Anwalt von Natur und Umwelt zu sein, oder sich in ein Schicksal zu ergeben, welches sie zum zahnlosen Widerpart wirtschaftlicher Interessen macht. Die LUA hat im Kampf um die südliche Salzachau

vorzeitig die rechtlichen Waffen gestreckt. Das ist eine Einladung an alle Projektwerber, sich über politische Hintertürchen nicht ihr Recht, aber ihre wirtschaftlichen Interessen zu sichern und sich ihr Wunschkonzert politisch durchwinken zu lassen.

Nun wurde bereits damit begonnen, Bäume im Auwald nördlich der

Firma MACO zu fällen und Fakten zu schaffen, die Rodung des Areals und die Bodenversiegelung stehen bevor. Der Naturschutzbund Salzburg hat daraufhin abermals die Volkswirtschaft eingeschaltet und sie ersucht, den Fall zu prüfen, bis hin zum Vorwurf des möglichen Amtsmissbrauches in diesem Verfahren. □

*Text: Dr. Hannes Augustin, GF Naturschutzbund Salzburg*



[salzburg@naturschutzbund.at](mailto:salzburg@naturschutzbund.at)

Infos: [www.lua-sbg.at/archiv/items/maco-porsche-faktencheck.html](http://www.lua-sbg.at/archiv/items/maco-porsche-faktencheck.html)

## Oberösterreich: BETRIEBSFLÄCHENERWEITERUNG AUF WILDTIERKORRIDOR



**E**in Grieskirchner Landmaschinenhersteller beabsichtigt die Errichtung einer knapp 20 ha großen Produktionsstätte im Zentrum eines überregional bedeutsamen Wildtierkorridors (Pfeil). Dieser Umstand beeindruckt weder die Gemeinde noch die Aufsichtsbehörde oder den politischen Raumordnungsreferenten. Letzterer teilt sogar offen mit, im Falle negativer naturschutzfachlicher Gutachten eine Weisung erteilen zu wollen, um die Betriebsbaugewidmung zu ermöglichen. Bemerkenswert an dieser Ankündigung ist, dass sich die Landespolitik noch im Jahr 2012 zur Lebensraumvernetzung und zu der in diesem Kontext auf breiter Basis erstellten

Studie „Wildtierkorridore in Oberösterreich“ bekannt hat und davon nunmehr anscheinend nichts mehr wissen will.

In der Studie wurden die notwendigen Freiräume für weit wandernde und an großflächige Waldlebensräume gebundene Großsäuger ermittelt. Das Hauptaugenmerk galt dabei der Sicherstellung der Lebensraumvernetzung der großen Waldgebiete im Böhmisches Massiv mit jenen in den Alpen. Denn das zwischen diesen Großlebensräumen liegende Alpenvorland ist geprägt von intensiver Landnutzung, starker Zersiedlung und durch Verkehrswege. Hier wurden daher jene noch geeigneten Verbindungsachsen als Wildtierkorridore

ausgewiesen, die mit einem Minimum an Aufwand die Sicherstellung eines überregionalen Biotopverbundes ermöglichen. Die Studie umfasst weiter eine auf die lokale Ebene heruntergebrochene Konfliktanalyse des Ist-Zustands sowie die Ausarbeitung von Maßnahmen zur Sicherung bzw. Wiederherstellung der Korridorfunktion.

Bisher konnte auf die Ergebnisse der Studie als landesweite Planungs- und Entscheidungsgrundlage und zur Vermeidung von Konfliktsituationen immer wieder erfolgreich zurückgegriffen und Lösungen im Konsens erarbeitet werden. Im aktuellen Fall in Grieskirchen stellt eine naturschutzfachlich vertretbare Lösung nur das Abrücken auf einen Alternativstandort dar. Der Zustand des Korridors am derzeit geplanten Standort ist äußerst schlecht. Eine Baulandverdichtung wäre kontraproduktiv, empfohlen wurden vielmehr Maßnahmen zur Aufwertung der Korridorfunktion. Doch anstatt sich dieser Empfehlungen anzunehmen, wird die in Fachkreisen über die Landesgrenzen hinaus anerkannte Studie ins Lächerliche gezogen, stichhaltige Naturschutzaspekte werden mit Polemik abgetan und gegen den Landesumweltanwalt werden schwere Geschütze aufgeföhren. Politik und Wirtschaft verbünden sich und rufen medial geschickt inszeniert das Duell Luchs gegen Arbeitsplätze aus, um sich dann selbst die fadenscheinige Frage zu stellen, wer oder was denn wohl wichtiger sei? Dass auch beides



Selbst die wenigen lebensnotwendigen Wanderrouten werden den Wildtieren seitens der Wirtschaft streitig gemacht.

Karte: Öö. Umweltnaturschutzbund, Land Oberösterreich - data.oöe.gv.at